

31.03.2017

NIEDERSCHRIFT

über die 2. öffentliche Sitzung der VI. Wahlperiode der
Verbandsversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig
am Donnerstag, 30.03.2017 um 17.30 Uhr,
in Goslar, Kreishaus, Kreistagssaal.

Anwesend:

(in Klammern verhindert)

Mitglieder der Versammlung

Abrahms, Ralf	Lange, Frank
Baas, Hans-Hermann	Lohse, Andreas
Bachmann, Hans-Georg	Lühns, Friedrich
Bachmann, Klaus-Peter	Manlik, Reinhard
Backhaus, Rolf-Dieter	Meier, Volker
Belte, Wolfgang	Metje, Hans
Bosse, Marcus	(Müller, Carsten)
Bratmann, Christoph	Müller, Prof. Dr. Norbert
Brinkmann, Brigitte	(Oesterhelweg, Frank)
Dirksmeyer-Vielhauer, Telse	Pantazis, Dr. Christos
Disterheft, Matthias	Pifan, Simone
Dittmar, Gisela	Plonz, Volkhard
Dreß, Hans-Peter	Poetsch, Klaus
(Egbers-Schoger, Dennis)	Retzlaff, Julia
Emmerich-Kopatsch, Petra	Rieck, Carsten
Enversen, Sabah	(Ritter, Michael)
(Fischer, Christine)	(Rotzek, Bernd)
Geertsema, Monika	Scherf, Gunnar
Götz, Rudolf	Schneider, Wolfgang
(Grziwa, Karl)	Schrader, Kurt
Hensel, Falk	Schramm, Ingo
(Herlitschke, Holger)	Schwarz, Jan
Jainta, Wolfgang	Tanke, Detlef
Kassel, Peter	Volkman, Hans-J.
Kentner, Elke	vom Hofe, Anneke
Klein, Stefan	Warnecke, Werner
Koch, Manfred	Wockenfuß, Nicole
Köllner, Marion	Zeidler, Joachim
Köster, Thorsten	
Kramer, Michael	

Verwaltung

Brandes, Hennig	Hahn, Manuela
Rössig, Fritz	Hild, Jens

Herr Tanke eröffnet die Sitzung der Verbandsversammlung um 17.35 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung sowie Herrn Dolle von der Braunschweiger Zeitung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Landrat des Landkreises Goslar, Herr Thomas Brych, Grußworte an die Mitglieder der Verbandsversammlung des „Regionalverbandes Großraum Braunschweig“. Er informiert über die konstituierende Sitzung des Verbandsrates am 30. März 2017 und die Wahl von Landrätin Steinbrügge zur Vorsitzenden und OB Klingebiel zum Stellvertreter. Landrat Brych begrüßt die Weiterentwicklung des Regionalverbandes und wünscht dem Verband viel Erfolg.

Danach stellt Herr Tanke fest, dass die Verbandsversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen: Frau Christine Fischer, Herr Karl Grziwa, Herr Carsten Müller, Herr Frank Oesterhelweg, Herr Holger Herlitschke und Herr Dennis Egbers-Schoger.

Zur Tagesordnung gibt es keine Wortmeldungen. Daraufhin stellt Herr Tanke fest, dass nach der mit Einladung vom 20.03.2017 übersandten Tagesordnung verfahren wird.

Die Verbandsversammlung tritt anschließend in die Beratung folgender Tagesordnungspunkte ein:

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 01.12.2016

Punkt 2

Mitteilungen

- a) des Vorsitzenden der Verbandsversammlung
- b) des Verbandsdirektors

Punkt 3

Nachbenennungen von Bürgermitgliedern im Ausschuss für Regionalentwicklung und im Ausschuss für Regionalverkehr

Punkt 4

Fortschreibung und Ergänzung des Freiraumentwicklungskonzeptes (FREK) und Erarbeitung von Grundlagen für die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems
Vorlage Nr.: 2017/6

Punkt 5

Fortschreibung des Regionalen Klimagutachtens 2005 zu einer Regionalen Klimaanalyse (REKLIBS)
Vorlage Nr.:2017/8

Punkt 6

Ausschreibung von Rahmenverträgen für Fahrradsammelanlagen, Wetterschutzeinrichtungen und Mobiliar im Bereich von Haltestellen des ÖPNV
Vorlage Nr.: 2017/10

Punkt 7

Kofinanzierung von Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
Vorlage Nr. 2017/11 – E1

Punkt 8

Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ (Gesetz zur Weiterentwicklung des ZGB)
Vorlage Nr. 2017/15

Punkt 9

Anfragen

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 01.12.2016

Die Verbandsversammlung beschließt bei einer Enthaltung:

„Die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 01.12.2016 wird genehmigt.“

Punkt 2

Mitteilungen

a) des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Herr Tanke ergänzt den Hinweis auf die konstituierende Sitzung des Verbandsrates.

b) des Verbandsdirektors

Herr Brandes hat keine Mitteilungen.

Punkt 3

Nachbenennungen von Bürgermitgliedern im Ausschuss für Regionalentwicklung und im Ausschuss für Regionalverkehr

Herr Scherf von der AfD teilt mit, dass für die Ausschüsse vorgeschlagenen Bürgermitglieder der AfD (Siehe jeweils zu Punkt 4) bislang noch keine Nachfolger benannt werden können.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Die Berufung von

1. Herrn Georg R a a b e (CDU)
2. Herrn Frank T ä u b e r t (CDU)
3. Herrn Frank-Peter S c h i l d (CDU)

als Bürgermitglieder im Ausschuss für Regional**entwicklung** und

1. Herrn Dirk G r ä t z (CDU)
2. Herrn Dieter L o r e n z (CDU)
3. Herr Günter M e r k l e (CDU)

als Bürgermitglieder im Ausschuss für Regional**verkehr**

wird festgestellt.“

Punkt 4

Fortschreibung und Ergänzung des Freiraumentwicklungskonzeptes (FREK) und Erarbeitung von Grundlagen für die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems
Berichterstatter: Herr Zeidler

Herr Zeidler erläutert die Vorlage und stellt dar, dass das FREK eine notwendige fachliche Grundlage zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) ist. Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Herr Lange (AfD) nimmt Stellung zu dem Thema und fragt nach evtl. Zielkonflikten unterschiedlicher Raumbeanspruchungen.

Verbandsdirektor Brandes erläutert, dass zunächst die fachlichen Grundlagen zu erarbeiten seien und das RROP gerade dazu da sei, mit solchen Zielkonflikten umzugehen, diese abzuwägen und durch raumverträgliche Festsetzungen planerisch zu lösen.

Herr Tanke teilt mit, dass der vorletzte Absatz auf der 2. Seite „Die planerischen Strategien.....“ im Verbandsausschuss am 23.03.2017 gestrichen worden sei.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung und Ergänzung des „Freiraumentwicklungskonzeptes (FREK) und Erarbeitung von Grundlagen für die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems als fachliche Grundlage für die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Die Verbandsverwaltung wird mit der weiteren Durchführung beauftragt.“

Punkt 5

Fortschreibung des Regionalen Klimagutachtens 2005 zu einer Regionalen Klimaanalyse (REKLIBS)

Berichterstatter: Herr Enversen

Herr Enversen erläutert die Vorlage und die Ziele der Fortschreibung. Das REKLIBS sei ebenfalls eine notwendige fachliche Grundlage zur Fortschreibung des RROP. Für die SPD stellt er die Bedeutung des Klimaschutzes heraus und erklärt, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme mehrheitlich:

„Die Verbandsversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Regionalen Klimaanalyse als fachliche Grundlage für die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms.“

Punkt 6

Ausschreibung von Rahmenverträgen für Fahrradsammelanlagen, Wetterschutzeinrichtungen und Mobiliar im Bereich von Haltestellen des ÖPNV

Berichterstatter: Herr Lohse

Herr Lohse stellt die Vorlage vor und hebt die Bedeutung des Fahrrads heraus. Er empfiehlt Zustimmung.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig

„Die Verwaltung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wird ermächtigt,

- ein internetbasiertes System und dessen Betrieb für die Zugangskontrolle an abschließbaren Fahrradsammelanlagen zu beschaffen und
- Rahmenverträge für Fahrradsammelanlagen, Wetterschutzeinrichtungen und Mobiliar im Bereich von Haltestellen des ÖPNV auszuschreiben und zu vergeben, auf die die Kommunen im Verbandsgebiet zugreifen können.“

Punkt 7

Kofinanzierung von Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Berichterstatter: Herr Kramer

Der Beschlussvorschlag wurde durch den im Verbandsausschuss am 23.03.2017 beschlossenen Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2017 wie folgt ergänzt bzw. geändert.

Herr Kramer erläutert die Vorlage. Kommunen und beauftragte Verkehrsunternehmen sollen künftig vom Verband gefördert werden, um verstärkt die genannten ÖPNV-Projekte zu beantragen und umzusetzen. Man müsse abwarten, wie viele Anträge gestellt würden und welche Mittel der Verband aufbringen könne.

Herr Schneider erläutert für die SPD-Fraktion die auf Basis des SPD-Antrags vom VA beschlossenen Änderungen und Ergänzungen. So solle die feste Obergrenze der jährlich vom Verband zur Verfügung gestellten Mittel entfallen, die Höhe der Mittel würde mit den Beschlüssen zum Haushalt festgesetzt. Drei weitere Änderungen ergeben sich aus der Ergänzungsvorlage. Man betrete Neuland und müsse mit der Förderung Erfahrungen sammeln.

Herr Plonz (UWG) beantragt, dass die Beschlüsse über größere Förderprojekte nicht im VA sondern der VV gefasst werden und beanstandet die aus seiner Sicht „undemokratische“ Beschlussfassung im VA, in dem nicht alle Parteien vertreten seien.

VD Brandes erklärt, die Beschlussfassung im VA sei formal in Ordnung.

Herr Bosse bekräftigt, dass die Beschlussfassung im VA erfolgen solle.

Herr Tanke bittet um Abstimmung zum Antrag von Herrn Plonz.

Der Antrag von Herrn Plonz wird bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 5 Enthaltungen:

„Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) beteiligt sich vorbehaltlich im Haushalt zur Verfügung stehender, vom Land gem. § 7 Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz (NNVG) zugewiesener Mittel anteilig an der Finanzierung

1. von ÖPNV-Vorhaben, die von den Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet sowie den von diesen beauftragten kommunalen Verkehrsunternehmen bei der LNVG als Förderprojekt beantragt, bewilligt und realisiert werden und der Verbesserung der Qualität und des Services im ÖPNV dienen. Voraussetzung für eine Förderung des ZGB ist eine Förderung solcher Vorhaben durch Landesmittel.

2. von Projekten für Fahrradabstellanlagen, für die eine Ko-Finanzierung nach Nr. V, Punkt 4, Absatz (2) d) der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen (Kommunalrichtlinie) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 22. Juni 2016 beantragt wird.

3. von ÖPNV-Projekten aus Fördermitteln des EFRE nach den Förderkriterien des Landes, z.B. für die Einrichtung von Mobilitätszentralen.

Die gem. der Ziffern 1 – 3 durch den ZGB anteilig geförderten ÖPNV-Projekte können per Beschluss der Verbandsgremien um weitere ÖPNV-Förderprogramme der EU, des Bundes und es Landes erweitert bzw. angepasst werden, um weitere ÖPNV-Projekte in eine anteilige Förderung des ZGB mit einbeziehen zu können.

Der ZGB übernimmt bis zu 50% des bei den Antragstellern verbleibenden Eigenanteils an den als förderfähig anerkannten Kosten bis zu einer Obergrenze von 50.000 € (netto). Anträge, die diese Summe überschreiten, sind dem Verbandsausschuss durch die Verwaltung zur Beschlussfassung mit Finanzierungsvorschlag vorzulegen. Satz 1 gilt entsprechend für eine Kofinanzierung von Fahrgastinformationseinrichtungen im Rahmen des Projektes Echtzeitdaten, jedoch ohne Festlegung der Obergrenze.

Ein Rechtsanspruch auf eine Kofinanzierung durch den ZGB besteht nicht. Die Höhe der Mittel für die Kofinanzierung wird jährlich mit dem Beschluss zum Haushaltsplan festgelegt. Nicht verbrauchte Mittel können auf das Folgejahr übertragen werden. Das gilt auch für vom ZGB bewilligte Maßnahmen, die noch nicht begonnen wurden.

Die Verbandsverwaltung informiert die Verbandsgremien regelmäßig über die kofinanzierten Projekte.“

Punkt 8

Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ (Gesetz zur Weiterentwicklung des ZGB)

Berichterstatter: Herr Tanke

Der Verbandsvorsitzende Tanke erläutert den Entstehungsprozess des Gesetzes und die Vorlage. Das Gesetz sei ein richtiger und kleiner Schritt. Er weist auf die einvernehmlichen Beschlüsse im Verband zu den neuen Aufgaben und der Stärkung des Verbandes hin. Der Regionalverband müsse nun einen Interessenausgleich finden und die richtigen Impulse für die regionale Entwicklung setzen.

Herr Bosse ergänzt für die SPD-Fraktion die schwierigen Verhandlungen im Landtag. Die Direktwahl sei gut und würde den Verband perspektivisch auf Dauer stärken. Er erwarte von der Verwaltung eine frühzeitige Einbindung der Politik.

Herr Manlik verdeutlicht die Potenziale aber auch die nötige Weiterentwicklung der Region. Die Verbandspolitik soll wie bisher möglichst abgewogene Entscheidungen mit breiten Mehrheiten treffen.

Herr Volkmann begrüßt für die Linke das Gesetz. Aus seiner Sicht müssten die Menschen mitgenommen werden und eine intensive Bürgerbeteiligung stattfinden.

Herr Schramm bestätigt dies für die FDP und erinnert an seinen Antrag zur Einführung einer Bürgerfragestunde, der nun auf die Tagesordnung kommen und beschlossen werden müsse.

Herr Bachmann stellt richtig, dass der GBD des Landtags die von den Fraktionen beschlossene Direktwahl für rechtens erklärt habe und diese nach seiner festen Überzeugung auf Dauer Bestand haben werde.

Frau Kentner bedauert die oft unsachliche Diskussion über das Gesetz. Der Regionalverband müsse nun beweisen, dass er gute Arbeit leiste.

Punkt 9

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Tanke die Sitzung um 18.30 Uhr.



Tanke
Vorsitzender
der Verbandsversammlung

Brandes
Verbandsdirektor

Hild
Protokollführer